



„Sachliche Ereignisse“ und „Sachliche Ereignisse“ werden regelmäßig...
Besondere Ereignisse: 2. März 1917, 3. März 1917, 4. März 1917, 5. März 1917, 6. März 1917, 7. März 1917, 8. März 1917, 9. März 1917, 10. März 1917, 11. März 1917, 12. März 1917, 13. März 1917, 14. März 1917, 15. März 1917, 16. März 1917, 17. März 1917, 18. März 1917, 19. März 1917, 20. März 1917, 21. März 1917, 22. März 1917, 23. März 1917, 24. März 1917, 25. März 1917, 26. März 1917, 27. März 1917, 28. März 1917, 29. März 1917, 30. März 1917, 31. März 1917.

Veranstaltungen: 2. März 1917, 3. März 1917, 4. März 1917, 5. März 1917, 6. März 1917, 7. März 1917, 8. März 1917, 9. März 1917, 10. März 1917, 11. März 1917, 12. März 1917, 13. März 1917, 14. März 1917, 15. März 1917, 16. März 1917, 17. März 1917, 18. März 1917, 19. März 1917, 20. März 1917, 21. März 1917, 22. März 1917, 23. März 1917, 24. März 1917, 25. März 1917, 26. März 1917, 27. März 1917, 28. März 1917, 29. März 1917, 30. März 1917, 31. März 1917.

Berliner Tageblatt

Nr. 660
46. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Freitag
23. Dezember 1917

Die Entente und die Friedensverhandlungen.

Die kommende Programmrede Pichons.

Ein sozialistischer Antrag auf Feststellung der Kriegsziele.
(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 27. Dezember.
Genau vor der Minister des Auswärtigen, Pichon, in der Kammer über die Veränderungen sprechen, die seit seinem Eintritt in den am 18. März 1917 in den Beziehungen Frankreichs sich vollzogen haben. Einem Mitarbeiter des „Journal“ teilte Pichon mit, daß seine Rede die beiden Hauptmomente, von denen die Gesamtlage beherrscht wird, das Vergehen Rußlands und der Eintritt in Amerika in die Interessensphäre der Entente, entsprechend würdigen werde, ohne den Ernst der durch die Maginot-Linie besetzten Politik zu verkennen. Der „Temps“ sagt: Pichon sei der Kammer die volle Wahrheit über die Absichten der Entente, ihre Kriegsziele zu erreichen, schuldig. Man sehe an der Erwähnung einer vollständigen neuen Phase des Weltkrieges, und in diesem hochwichtigen Augenblick dürfe man sich nicht bloß die Auffassung der leitenden Kreise Frankreichs erwarten, sondern auch, da zwischen den Kabinetten von Paris, London, Rom, Washington und Tokio vollste Einvernehmen herrsche, die Klarlegung der großen, den Richtlinien des Friedensprogramms der Mittelmächte entgegenzustehenden Forderungen der Entente.

Genau die verdrückte, dem Stande gefährliche innere und äußere Politik des Kabinetts Clemenceau-Pichon wendet sich der sozialistische Abgeordnete Marcel Gadin, der als Entenbedürftigster der früheren Regierung in Petersburg feierlich für das Gelingen gegenüber den Sozialisten eintritt. Auf die mannigfaltigen Widersprüche im Verhalten Clemenceaus während seiner Tätigkeit als Parlamentarier und als Ministerpräsident hinweisend, behauptet Gadin, daß mit Ausnahme der Rechte seine Parlamentsgruppe Anlaß habe, sich zu der inneren Politik des gegenwärtigen Kabinetts zu beglückwünschen. Anstatt zu streifen, wo tatsächlich Verrat an Vaterlande geübt worden, habe sich Clemenceau von den allseitig getreuen Anhängern des Herzogs von Devonshire zu Entschuldigungen verhalten lassen. Die der Demokratie feindliche Politik sei in allen auswärtigen Angelegenheiten zu verzeichnen. Seine scharfe Zurückweisung aller von den Sozialisten gemachten Vorschläge, dem Frieden näher zu kommen, habe einen Zustand erzeugt, der nicht bloß in Frankreich, sondern in allen Ländern der Entente bittere Empfindungen erregt habe. An dieser Kriegsziele sei wahrnehmbar, und zwar auch in den angrenzenden Ländern, daß die breiten Schichten der Bevölkerung an ihren Ideen festhalten, nämlich an dem Zusammenstoß der Völker zur Bildung einer Gesellschaft der Nationen. Vielmehr früher, als Clemenceau es ohne, werde die Stunde der Abrechnung schlagen. Die Demokratie werde ihm den Rücken kehren, und von seiner kurzen Herrschaft werde nichts übrig bleiben als ein bitteres Andenken.

Paris, 27. Dezember.
Wie aus Paris gemeldet wird, will in der heutigen Kammerrede die Sozialisten antworten auf die Interpellationen Montais die Begründung der Kriegsziele und eine Erklärung über die Stellungnahme des Kabinetts zu den Friedensverhandlungen verlangen.
Gadon meldet aus Petersburg: Der Vorden der Militärkammer in russischen Hauptquartieren erklärte dem russischen Oberkommando die Angelegenheit der Verhandlungen zwischen Rußland und den Mittelmächten erwiderte die alliierten Vorkämpfer es für genügend, beim russischen Hauptquartier nur eine reduzierte Vertretung zu unterhalten. Sollten die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden, so werden die Chefs der Mission ihren Posten wieder einnehmen. Wenn vor diesem Zeitpunkt das russische Oberkommando es nicht erachtet, Maßnahmen zur Reorganisation der Armee anzuschließen, so werden militärische Operationen zu ergreifen und wenn ihm dann die Mitteilung der Militärkammer nicht unwohlverträglich erscheint, sich der Mission bereit, auf den ersten Ruf des russischen Oberkommandos wieder zu erscheinen.

Die Friedensbewegung in der französischen Arbeiterschaft.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 27. Dezember.
Der Beschluß der Syndikalistik in Paris, den Clermont-Ferrand wird von der ministeriellen Presse als mühsam erreichte Vertiefung der Gegensätze zwischen der Mehrheit und der Minorität betrachtet. Letztere konnte zwar, so führt der „Temps“ aus, nicht erkennen, daß ihre Absicht auf Annäherung an die Organisationen der Mittelmächte durchdrang, immerhin traten die Linien einer internationalen Konferenz der arbeitenden Klassen in dem angenommenen Programm in die Erscheinung.

Behauerlich sei es, meinen „Temps“, „Débat“ und andere Blätter, daß die Verammlung von Clermont-Ferrand bei ihrer Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker mit seiner Hilfe des an sich abzuwehrenden Zusammenhangs Interesse Erwähnung tat.

Sanfing über Amerikas Kriegsziele.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Schweizer Grenz, 27. Dezember.
Die Londoner „Morning Post“ meldet, Sanfing habe sich im Genatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten am 22. Dezember für eine bedingungslose Wiederherausgabe sämtlicher, durch die Kriegsführenden besetzten Gebiete erklärt und als die einzige Deutschland aufzuerlegende „Strafe“ die Wiedergutmachung und den Schadenersatz bezeichnet.

Der Eindruck bei den Neutralen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Osag, 27. Dezember.
Die Antwort des Vierbundes auf das Friedensprogramm der Entente hat in Holland einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht. Nachdem die Presse sich zunächst, um das allzu optimistisch zu erklären, fast sie jetzt, daß ein großer Schritt vorwärts getan worden sei. Allgemein ist die (sogar die Red.) Auffassung vorherrschend, daß diese Antwort eigentlich ein neues Friedensangebot der Mittelmächte bedeute. Der „Nieuwe Courant“ urteilt: Trotz der wiederholten Erklärung, daß die Mittelmächte nicht wieder ein Friedensangebot machen würden, hat Graf Hertgen, nachdem die Auffassung der Mittelmächte sich geändert, wieder die Kriegsziele der Mittelmächte zu auseinandersetzen, daß man beinahe von neuen Friedensvorschlägen sprechen kann. Das wichtigste der Antwort ist, daß sie kann den Weg für den allgemeinen Frieden bahnt. Die Presse sagt übereinstimmend, die gegenwärtigen Verhandlungen seien keine solchen, die auf einen Entenrückzug ausgehen. Die Vorschläge seien zunächst an die Regierung der Alliierten gerichtet, die eine schwere Verantwortung gegenüber ihren Vätern und der Welt sich aufladen würden, wenn sie sich weigern würden, an den vorgeschlagenen Verhandlungen teilzunehmen. Wenn die Welt länger an ihre Interessenlosigkeit glauben wollen, werde sie bei der Wahl zwischen einem Frieden auf der Grundlage des Rechts und einer weitgehenden Auslieferung und Vertreibung der Welt leichter den Ausweg wählen. Die Alliierten werden sich für die Friedensverhandlungen werden fortgesetzt, ohne daß, wie Reuters sich einreden will, unüberwindliche Schwierigkeiten zwischen den Unterhändlern entstehen würden. Mit einer ebenso lockigen wie begreiflichen Bedingung nehmen die Mittelmächte in den Hauptpunkten die Grundlagen der Vorkriegs Vertretung an. Das sind bei einigen Punkten der Vorkriegsstand gemacht werden mußte, die übrigen Kriegsvorgaben müßten an den Verhandlungen teilzunehmen, ist klar. Die Mittelmächte können mit Rußland Frieden schließen, oder sie können sich nicht gegenüber allen Kriegsführenden die Welt binden, ohne die Sicherheit, daß auch diese die allgemeinen Grundlagen annehmen. Auf neue haben die Mittelmächte trotz allen Beschäftigtes der Gegenliebe gezeigt, daß sie bereit sind, einen allgemeinen, gerechten Frieden zu schließen. Die Argumentierung der westlichen Ententeänder wird bei einer einfachen und bindenden Erklärung doch wohl anders werden müssen, wenn sie jetzt noch nach Argumenten suchen wollen, den Krieg fortzusetzen.“ Der „Kraakboek“ schreibt: Die Antwort, die die Mittelmächte auf die nähere Umschreibung der Friedensgrundlagen gegeben haben, ist in einiger Hinsicht überraschend, denn diese Punkte weisen die russischen Forderungen nicht ab, im Gegenteil, sie erkennen an, daß diese eine Grundlage für den Frieden bilden können, und daß darüber verhandelt werden soll. Sie beantworten die einzelnen Punkte und gehen dadurch zu einer mehr positiven Umschreibung ihrer Kriegsziele über. Ferner erkennen die Mittelmächte an, daß keine gewaltsame Annexion beliebiger Gebiete bezogen wird. Es ist klar, daß diese Antwort der Mittelmächte, die so sehr den russischen Forderungen sich nähert und einer seitlichen Umschreibung der eigenen Kriegsziele entspricht, eine ebenso große Bedeutung hat, wie die russischen Friedensgrundlagen selbst. Es ist nunmehr der psychologische Augenblick gekommen, auf dem die Friedensfreunde ihre Hoffnung bauen.

Genf, 27. Dezember.
Das „Journal de Genève“ ist der Ansicht, daß ein Hauptpunkt der Antwort der Mittelmächte auf den West-Entenstolz Bedingung verdienen. Diesmal habe nämlich Deutschland ein Programm aufgestellt, dem man wenigstens auf Annäherung an die Eroberungspläne, die man ihm zugestanden habe, aufzugeben zu haben. Dieser Lausage allein komme ein gewisser Wert zu.

Groß-Berlins Zukunft.

von
Professor Dr. Hugo Preuss.

„Lieber „Groß-Berlin Zukunft“ bedientlich der gegenwärtige Verbandsdirektor Dr. Steiniger eine „Beitrag“, der nicht bloß wegen der nähen Stellung des Verfassers zu den behandelten Fragen Aufmerksamkeit beanprucht. Dies umsonst angefertigt der allgemeinen Erwartung, daß die — ach, schon so lange — brennende Frage demnächst endlich gelöst werden soll; hat sich doch zur Unterstützung und Beschleunigung der amtlichen Vorkarbeiten eine freiwillige Feuerwehr aus der Groß-Berliner Bürgererschaft heraus gebildet. Auch der gegenwärtige Verbandsdirektor erkennt die unbedingte Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Zustandes durchaus an; ein für alle Zeiten eines neuzeitlichen Groß-Berlins sehr wertvolles Erkenntnis. Und ebenso erfreulich ist des Verbandsdirektors rückhaltloses, immer wieder auf das Bestehende betonte Bekenntnis zur freien Selbstverwaltung, zu der ehrenamtlichen Arbeit der Bürgerchaft am Wohle ihres Gemeinwesens. Aus diesen beiden grundlegenden Bekenntnissen müßte man nun eigentlich logisch auf das Resultat schließen: die nothwendige Reform muß jedenfalls Groß-Berlin zu einem Leben und Wirken die Bürgerchaft dieses großen Gemeinwesens regen unmittelbaren Anteil nehmen kann. Leider geht dieser logische Schluß irre; wenigstens gemessen an dem Resultat, zu dem Dr. Steiniger gelangt, und das ungelöst auf das Gegenteil hinausläuft. Dazu tritt die Stellung zu nehmen, muß sich gerade der besonders gedruckten fähigen, der die Verbandsversammlung und Verbandsauschuß sollen bleiben, wie sie sind. Nur soll den Vorkämtern im Verbandsauschuß nicht mehr der Oberbürgermeister von Berlin führen; sondern der Beschäftigte des Verbandes obliegt“, das heißt der Verbandsdirektor, meint der Verbandsdirektor. Und neben diesem Ehrenamtlich bedürfte es dann zur Lösung des ganzen Problems nur noch der gesetzlichen Bestimmungen, daß die Mitglieder an Wahlen und Beschäftigte ihrer Wähler nicht gebunden sind“, und daß „die Ausgaben erzwingbar gestaltet werden, etwa der Art, daß bei Verlegung der Verbandsorgane auf Antrag oder von Amts wegen die Beschäftigten für Groß-Berlin einzutreten hat“. Ramentlich der letzte Vorschlag ist erstaunlich von einem Manne, der wie Dr. Steiniger die Selbstverwaltung im Herzen trägt; denn es ist ein Stoß ins Herz der ganzen Selbstverwaltung, durch den „dieses löbliche Gut“ nicht nur zu Schaden kommt, sondern einfach weggenommen wird. Man denke: durch die starre Ausdehnung der Zuständigkeit des Verbandes werden unvermeidlich der Selbstverwaltung der Einzelgemeinden wichtigste Befugnisse entzogen; sie wird also erheblich geschwächt. Diese Befugnisse gehen nun aber nicht auf einen größeren Selbstverwaltungsfortschritt freier Wahrnehmung, wie bisher in den Einzelgemeinden, über; vielmehr an ein Gebilde, das mit der Bürgerchaft Groß-Berlins überhaupt keine unmittelbare Fühlung hat; und dessen Entstehungsbedingung, wenn es nicht tut, was man von ihm verlangt, auf Antrag oder von Amts wegen“ einfach auf die Beschäftigten, die in einem notenweise Beiratsauschuß übergeht. Es ist der alte Ruchfall in den Zustand der Einförmigkeit der Selbstverwaltung, indem an die Stelle der Kontrolle durch die Bürgerchaft und ihre frei gewählten Vertreter wieder Eingriff und Entfremdung von oben und außen treten soll. Dafür wäre wirklich der Beschäftigte des Verbandes direktors im Verbandsauschuß wohl gleichwertige Ersatzbedingung. Letzterem würde er wohl ebenfalls antragsberechtigt sein und daher nach Belieben die Entfremdung der Beschäftigten an die Stelle der Befugnisse der Verbandsorgane bringen können.

Eine Bindung der Mitglieder der Verbandsversammlung oder des Verbandsauschusses an Wahlen und Beschäftigte ihrer Wähler besteht gleichmäßig auf jetzt nicht. Eine solche Bestimmung würde also an dem bestehenden Recht nichts ändern; aber ebenso wenig an dem bestehenden tatsächlichen Verhältnissen. Nach der geltenden Organisationsform sind die Mitglieder müssen sie sich naturgemäß verpflichtet fühlen, in erster Linie deren Interessen zu vertreten. Ueber die Richtung dieses Interesses haben sie sich im Einzelfall gewiß nach freier Überzeugung schlichtig zu machen; aber gerade in wichtigsten